

Regierung Groß-Hessen stellt sich vor

WB WIESBADEN, 19. Oktober (Eig. Ber.). Die Regierung für Groß-Hessen, die unter der Ministerpräsidentschaft von Dr. Karl Geiler steht, wurde am Dienstag im Landeshaus feierlich eingesetzt. Als Vertreter der Militärregierung waren Generalleutnant Geoffrey Keyes, Kommandeur der 7. Armee und Militärgouverneur des westlichen Distrikts, Generalleutnant Clarence L. Adcock, General John Cannon, Kommandierender General der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa, und Oberst James R. Newman, Leiter der Militärregierung Groß-Hessen, anwesend, ferner hohe Offiziere der englischen und der amerikanischen Besatzungsstäbe sowie Regierungspräsident Nischalke, Oberbürgermeister Krücke und Vertreter der Landesregierung in Darmstadt. Die Zukunft Deutschlands wird im wesentlichen von dem Erfolg einer auf demokratischer Grundlage aufgebauten Zivilverwaltung der einzelnen Länder abhängen, betonten besonders General Keyes und Oberst Newman in ihren Ansprachen.



Prof. Dr. Karl Geiler,
Ministerpräsident

Die Ansprache von Oberst James R. Newman hat folgenden Wortlaut:

„Vor fünf Monaten haben dieselben Offiziere, die an der heutigen Feierlichkeit teilnehmen, und einige der deutschen Beamten, die hier anwesend sind, in Neustadt an der Weinstraße an der Einsetzung der ersten deutschen Nachkriegsregierung für ein großes Verwaltungsgebiet teilgenommen. Heute sind wir hier versammelt, um die Zivilregierung für das letzte Gebiet Deutschlands, das noch zu reorganisieren ist, in ihre Tätigkeit einzuführen. Die Aufgaben, die die neue Regierung mit dem herannahenden Winter vor sich sieht, sind äußerst schwierig. Jene erste Regierung entsprach dem Willen der Alliierten nicht nur, indem sie für verschleppte Personen sorgte, erste Schritte unternahm, den Opfern der Nazi-Verfolgung zu helfen und den Nazismus und Militarismus auszurotten, und den Wiederaufbau des zivilen Lebens auf einer demokratischen Basis begann, sondern sie wirkte auch mit bei der Wiederbelebung der wesentlichsten wirtschaftlichen Unternehmungen, bei der Wiederherstellung der Verbindungen zwischen über siebenhundert Gemeinden, bei der Aufstellung eines gerechten Lebensmittel-Versorgungs-Systems und bei der Wiedereröffnung politisch gesäuberter Schulen. Aber darüber hinaus hat noch eine andere Entwicklung stattgefunden, die der Geschichte dieser ersten Regierung eine besondere Bedeutung für Groß-Hessen verleiht. Am 10. Juli wurde die Kontrolle des Mittelrheins und Süd-Hessens unseren französischen Verbündeten übertragen. Dieselbe Regierung arbeitet heute ohne irgendwelche Veränderungen unter den Franzosen weiter. Die einzigen Beamten, die versetzt wurden, waren diejenigen, die ursprünglich von der Ostseite des Rheines kamen und die man nur für die anfängliche Arbeit in die Pfalz geholt hatte. Ein solcher Fortbestand unter zwei Fahnen ist besonders bedeutungsvoll für Groß-Hessen, denn Groß-

Lehre gezogen, die ein unlösliches Band zwischen einer mächtigen Republik und einem Reich freier Staaten geknüpft hat, das die ganze Erde umfaßt. Wir wollen hoffen, daß aus dem Zusammenbruch eines totalitären Staates einst ein Hessen auferstehen wird, das sowohl an menschlichem Geiste als auch dem Namen nach groß ist.

Die Zivilbeamten, die heute hier eingeführt werden, werden in ihren Bestrebungen nicht gehindert sein. Wenn man sie als Werkzeuge alliierter Anordnungen betrachtet, so ist das ein Vorwurf, der die Führer von Weimar zum Untergang gebracht hat. Lassen Sie mich dieses vor allem klar herausstellen: Absolute Gehorsamkeit gegenüber den Anordnungen der Militärregierung ist die Pflicht eines jeden Hessen, und wenn wir unsere Aufgabe in diesem Lande beendet haben, wird es niemand mehr möglich sein, seinem Nachbarn eine Anschuldigung entgegenzuschleudern, da uns alle bei der Wiedergutmachung helfen werden. Dieses Mal werden die Alliierten, und zwar die Alliierten ganz allein, den Preis festsetzen. Es ist tatsächlich recht und billig, daß diejenigen, die von dem Kriege zu profitieren gedachten, den höchsten Preis für Deutschlands Niederlage zahlen müssen. Ich ordne daher an, daß jeder Bürgermeister, jeder Landrat, jeder Regierungspräsident und der Ministerpräsident sofort Listen aufstellen, die die Anschriften jedes Beamten der Partei und der angeschlossenen Verbände aufzeigen und diese Anschriften verfügbar halten, wenn Truppen der Alliierten, verschleppte Personen oder Rückkehrer aus Konzentrationslagern untergebracht werden müssen. Ich ordne weiterhin an, daß die obengenannten Beamten sofort in ihren Gerichtsbezirken ein besonderes Amt einrichten, das die Sorge um Unterbringung, Bekleidung, Ernährung und Anstellung der Opfer der Nazi-Verfolgung zur Aufgabe hat.

Solange ein einziges Parteimitglied eine Wohnung innehat, soll mir niemand sagen dürfen, es wären keine Unterbringungsmöglichkeiten für solche Bürger oder Einwohner Hessens vorhanden, die durch die Hitler-Bande gelitten haben.

Gehorsam, Gerechtigkeit, Vergeltung und politische Säuberung allein sind indessen nicht genug. Ebenso kann eine fremde Nation Sie nicht auf die Wege führen, die sich als erfolgreich und demokratisch erwiesen haben. Sondern Sie und jeder Deutsche, der guten Willens ist, muß sowohl teilnehmen an der Gründung einer besseren Lebensweise als auch an dem Wiederaufbau der zerstörten Städte. Einige unserer zivilen Mitarbeiter sind vor einiger Zeit schon einmal aus ihren Wohnorten zusammengerufen worden, um einen neuen Staat zu gründen. Ich habe sie nun wieder aus ihrer wohlverdienten Zurückgezogenheit gerufen, da ich sie erhärtet fand in dem Feuer harter Arbeit und schwerer Krisen, sie geprüft fand in der doppelten an sie gestellten Anforderung, einmal, dem Gehorsam gegenüber den Besatzungsmächten, und zweitens der Loyalität gegenüber den Bedürfnissen ihres eigenen Volkes. Ich weiß, daß die Maschinerie der Regierung in die Hände der fähigsten, beruflichen Verwaltungsbeamten Deutschlands gelegt ist, aber was noch wichtiger ist, ich weiß auch, daß sie verstehen, daß ein Beamter des Staates zu sein gleichbedeutend ist mit ein Diener des Staates zu sein. Da die Militärregierung eine Wiederaufnahme örtlicher politischer Tätigkeit genehmigt, ist das

Franfurter Rundschau

Jahrgang 1, Nummer 24

Freitag, den 19. Oktober 1945

Einzelpreis: RM 0.20

Schriftleitung und Verlag der „Frankfurter Rundschau“, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19, Fernruf: Sammelnummer: 40301, Monatsabonnement: RM 1.95 einsech. RM 0.95 Post- bzw. Zustellgebühr. Bankkonten: Frankf. Sparkasse v. 1822, Pfm., Neue Mainzer Str. 49/53; Deutsche Bank, Pfm., Kaiserstr. 24, Postcheck-Konto: Pfm. 238

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. 2 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung

Anzeigenpreise für den Millimeter der zehneckigen Seite: Anzeigen, die nur im Gebiet von Groß-Frankfurt publiziert werden, RM 2,-; Anzeigen, die im Gesamtverbreitungsgebiet erscheinen, RM 3,-; für amtliche Anzeigen jeweils die Hälfte

Fortsetzung "Regierung Groß-Hessen stellt sich vor"

zösischen Verbündeten besetzten Kreise umfaßt. Sie und Ihre Herren Minister sollten sich glücklich schätzen, eine Gelegenheit zu haben, diesen Menschen zu dienen. Der Großteil der Bevölkerung begrüßt die Gründung des Landes Groß-Hessen als eine geeinte, sich selbst regierende Einheit, die groß genug ist, für sich selbst zu sorgen. Die Verwaltung dieses Gebietes ist in der Vergangenheit von Bismarck durch den Anschluß an Preußen versucht worden und auf dem gleichen Wege wiederum in den frühen Tagen der Weimarer Republik. Die Nazis benutzten Frankfurt als Mittelpunkt dieses Gebietes für wirtschaftliche Tätigkeit, aber sie strebten nach keiner politischen Einheit.

Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder der Handelskammer sind nur einige Gruppen unter den vielen, die ihr Wohlwollen zur Gründung eines solchen Verwaltungsbezirkes geäußert haben, für den Sie, Herr Professor Geiler, zum Oberhaupt ernannt worden sind. Heute machen wir deutsche Geschichte, aber wenn wir

Amerikaner einmal fortgehen, wird es dem Volke des Landes Groß-Hessen überlassen sein, seine Zukunft selbst zu bestimmen. Ich hoffe aufrichtig, daß dies eine helle und friedliche sein wird."

Ministerpräsident Professor Dr. Karl Geiler

sprach anschließend seinen Dank aus für die Schaffung des einheitlichen Landes Hessen. Damit sei ein lebensfähiges Gebilde entstanden, das mit als Fundament für ein künftiges Deutschland dienen werde. In dieser geschichtlich bedeutsamen Stunde zum Ministerpräsidenten ernannt worden zu sein, sei ihm eine Ehre, und die Tatsache, daß die Besatzungsbehörden den Länderregierungen mehr und mehr die Selbstverantwortlichkeit gewährten, bringe für uns alle entsprechende Pflichten mit. Das Vertrauen der Militärregierung werde gerechtfertigt werden, die Regierung betrachte es als eine ihrer Aufgaben, nicht nur Befehle auszuführen, sondern auch

(Fortsetzung auf Seite 5)



Hans Venedey,
Innenminister



Dr. Wilhelm Mattes,
Finanzminister



Dr. Robert Fritz,
Justizminister



Oskar Müller
Arbeitsminister

(Quelle: Frankfurter Rundschau,
Freitag, den 19. Oktober 1945)

Zur Regierungsbildung Groß-Hessen

(Fortsetzung von Seite 1)

eigene Vorschläge zu machen und notfalls Einwände zu erheben. Das hessische Volk kennt uns zum Teil noch nicht, so erklärte der Präsident, aber wir hoffen, durch unsere Leistungen sein Vertrauen zu erwerben. Er wolle engsten Kontakt mit den politischen Parteien halten, doch die gegenwärtigen Voraussetzungen legten es ihm nahe, sich auch nach der großen Masse derjenigen zu richten, die sich vorläufig noch für keine Partei entschieden hätten. Die erste Aufgabe, die er als ehemaliger Rechtsdozent vor sich sehe, sei die Ablösung der Willkürherrschaft, die zwölf Jahre in Deutschland bestanden habe, durch Schaffung eines demokratischen Rechtsstaates. Darüber hinaus müsse das tiefgesunkene sittliche Niveau des deutschen Volkes gehoben werden. Dies sei vor allem eine Erziehungsfrage. Und gerade die Jugend müsse man dazu bringen, nicht zu verzweifeln. Der Militärregierung gegenüber sprach er die Bitte aus, die Jugend, soweit sie in HJ und Partei war, milder zu behandeln als die ältere Generation, da sie wesentlich weniger verantwortlich zu machen sei. Die schwierigste praktische Aufgabe läge auf dem Gebiet von Wirtschaft, Ernährung und Wiederaufbau. Ich selbst bin Anhänger der freien Wirtschaft, so erklärte der Ministerpräsident, erkenne aber die Notwendigkeit, heute eine planmäßige Lenkung durchzuführen, ohne die Initiative, vor allen Dingen des kleinen Unternehmers, lahmzuliegen. Das bedrückende Bild auf dem Gebiet der Ernährung stelle die Regierung vor die Aufgaben, die

landwirtschaftliche Produktion zu heben, eine zusätzliche Einfuhr zu organisieren und eine gerechte Verteilung durchzuführen. Tausend Kalorien seien zu wenig für den arbeitenden Menschen, und er bitte die Militärregierung eindringlich, einen Zuschuß zu gewähren.

Ueber die Lösung der materiellen Fragen hinaus gelte es aber, die seelischen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, und hier erwartet Professor Ceiler eine Belebung des religiösen Empfindens, wozu er durch enge Verbindung mit Kirchen- und Religionsgemeinschaften beitragen will. Tiefstes Pflichtgefühl und heiße Vaterlandsliebe, so schloß der Ministerpräsident, haben uns als freie Menschen die Verantwortung übernehmen lassen — jetzt, wo die Not am größten ist. Vaterlandsliebe, das heißt nicht Chauvinismus, das heißt nicht Bekämpfung und Unterdrückung anderer Völker, sondern Wiedererweckung des echten Deutschtums der Goethe und Schiller, Beethoven und Hegel, auf die wir stolz sein können, trotz allem, was geschehen ist.

Nach Vorstellung der bis jetzt emannten Mitglieder des Kabinetts gab der Kommandierende General der 7. Armee, Generalleutnant Geoffrey Keyes, seiner Freude darüber Ausdruck, daß mit der Bildung des neuen Kabinetts ein guter demokratischer Anfang gemacht worden sei. Von den Deutschen werde es abhängen, wie die amerikanische Politik sich gegenüber Deutschland einstellen werde. Er versprach weitgehende Unterstützung und wünschte der Regierung vollen Erfolg.

(Quelle: Frankfurter Rundschau,
Freitag, den 19. Oktober 1945)

Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei

Die Sozialdemokratische Partei sieht in der Bildung einer Regierung für das Land Groß-Hessen durch die amerikanische Militärbehörde einen Versuch, das deutsche politische Eigenleben wiederherzustellen.

Getragen von der Auffassung, daß die Parteien dazu berufen sind, die Verantwortung beim Wiederaufbau und bei der Wiedergutmachung zu übernehmen, stellt sich die Sozialdemokratische Partei dieser neuen Regierung zur Verfügung. Die Partei ist der Meinung, da sie der stärkste Pfeiler war, auf dem das frühere demokratische deutsche Staatsgebäude ruhte, daß auch heute Pflichten zu übernehmen sind. Die demokratische Auffassung ist ihr politisches Lebensgesetz. Deshalb hält sie sich für am ehesten prädestiniert, einer Regierung politisches Gesicht und Gepräge zu geben. Gerade weil durch das Fehlen einer politischen Willensbekundung kein Urteil der Wählerschaft besteht, sollte es politisches Gesetz sein, vor allem die Parteien stärkstens zu berufen, an deren positiver demokratischer Haltung kein Zweifel besteht. Wir wissen, daß während der Zeit von Weimar die Zweckmäßigkeitsdemokraten, die sich in der „Harzburger Front“ zusammenschlossen, ständig mit einem Auge nach der Monarchie bzw. dem „starken Mann“ schielten.

Die Sozialdemokratische Partei war vor der Macht ergreifung der Nazisten in Deutschland die stärkste Partei; sie war die Wegbereiterin zur funktionellen Demokratie, aber nicht stark genug, um die politische Gestaltung Deutschlands entsprechend ihrer Ideologie durchzusetzen. Immerhin wird jetzt sichtbar, daß sich eine Aenderung zugunsten einer positiven demokratischen Haltung in weiten Schichten des Volkes durchsetzt, was einer Anerkennung der Richtigkeit der grundsätzlichen demokratischen Einstellung gleichkommt.

Aus diesen Gründen wurde erwartet, daß der Sozialdemokratischen Partei eine stärkere Vertretung in der neu gebildeten Regierung für Groß-Hessen zugestanden werden würde, als es bis jetzt geschehen ist. Die Beauftragten der Sozialdemokratischen Partei vertraten die Auffassung, daß, da die demokratischen Parteien durch die Amerikanische Militärre-

gierung die Genehmigung sich örtlich bilden zu dürfen, erhielten, sie auch in bezug auf die Bildung und Zusammensetzung der Regierung befragt werden müßten. Weiter war die Sozialdemokratische Partei der politischen Meinung, daß es zweckmäßig und richtig sei, die frühere Stärke der Parteien und ihre politische Einstellung gleichzeitig bei der Regierungsbildung zu berücksichtigen. Ferner wäre es zu beachten notwendig gewesen, welche Haltung die früheren Funktionäre und Mitglieder der Parteien während der Hitler-Periode eingenommen haben. Es ist doch so, daß die Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser gefüllt waren von den Anhängern der beiden Arbeiterparteien und daß sie die meisten Todesopfer zu beklagen haben.

Aus all diesen Gründen muß gesagt werden, daß die Vertretung der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung durch zwei Minister vollkommen unzureichend ist.

Obwohl eine andere Zusammensetzung der Regierung für wünschenswert gehalten wird, wird die Sozialdemokratische Partei nicht auf der Stelle treten. Der großen Verantwortung vor der Militärbehörde, vor Volk und Vaterland bewußt, wird die Sozialdemokratie mitarbeiten und tätig sein, um die durch Hitlers System geschaffene furchtbare Notlage zu lindern. Nicht politische Abstinenz kann helfen, sondern politische Tatkraft.

Und so stellt sich die Sozialdemokratische Partei wiederum zur Verfügung und ist gewillt, sich von niemand übertrumpfen zu lassen in der Verantwortung für Volk und Land. Die schier ungeheuren Aufgabengebiete zeigen an, daß zugepackt werden muß.

Die Sozialdemokratische Partei wünscht, daß es der neuen Regierung und vornehmlich den sozialistischen Ministern gelingen möge, durch ihre Tätigkeit die schweren Wunden unseres Volkskörpers zu heilen und dafür zu sorgen, daß das Land Groß-Hessen befreit wird von der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, die so viel Unheil über die Welt, unser Land und Volk gebracht hat.

gez.: Wilhelm Knoth.

(Quelle: Frankfurter Rundschau,
Freitag, den 19. Oktober 1945)

Erklärung der Liberal-Demokratischen Partei

Die Schaffung einer provisorischen Regierung für das Land Groß-Hessen wird von der Liberal-Demokratischen Partei freudig begrüßt, bedeutet sie doch den ersten Schritt aus der Isolierung, in der sich in den vergangenen Monaten Stadt und Stadtkreis Frankfurt a. M. verwaltemäßig und wirtschaftlich befinden haben. Selten dürfte sich eine Regierung vor schwierigere Aufgaben gestellt sehen als in der heutigen Zeit, in der es gilt, das Trümmerfeld, das uns eine zwölfjährige nazistische Herrschaft auf geistigem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet als Erbe hinterlassen hat, zu besettigen und das Fundament eines wirklichen demokratischen Staatswesens neu aufzubauen. Für die Stadt Frankfurt a. M. ist die Gründung des einheitlichen Verwaltungsgebietes Groß-Hessen besonders bedeutungsvoll, weil die schwer geprüfte Stadt als Sitz des amerikanischen Hauptquartiers und der Militärregierung starke Lasten zu tragen hat, die sie aus eigenen Mitteln auf die Dauer nicht aufzubringen in der Lage ist. Freilich bedeutet es eine empfindsame Lücke des neuen Staatsgebildes, daß die Provinz Rheinhessen nicht mit einbegriffen werden konnte, zählt doch diese alte hessische Provinz stets zu den wichtigsten landwirtschaftlichen Versorgungsgebieten der Stadt Frankfurt a. M. und des Rhein-Main-Gebietes.

Um eine reibungslose Wirtschafts- und Verwaltungstätigkeit in Groß-Hessen durchführen zu können, wird es notwendig sein; in allererster Linie bessere Verkehrsbedingungen innerhalb des Landes und mit dem Sitz der Regierung in Wiesbaden zu schaffen. Es bleibt hier zu beachten, daß die neue Hauptstadt des Landes nicht zentral, sondern an der Peripherie gelegen ist und daß die Eisenbahnverbindungen insbesondere auch zwischen Frankfurt a. M. und Wiesbaden heute noch recht viel zu wünschen übrig lassen. Hier müßte den Belangen der Wirtschaft unbedingt mehr Rechnung getragen werden. Es dürfte sich auch bei gegebener Gelegenheit als zweckmäßig für das ganze Land Hessen erweisen, wenn die Regierung in das wirtschaftlich und geographisch günstiger gelegene Frankfurt a. M. übergeführt werden würde. Im übrigen erscheint uns die Bildung des Verwaltungsgebietes Groß-Hessen keineswegs als endgültige ideale Lösung. Die Liberal-Demokratische Partei betrachtet diese Neuregelung vielmehr nur als

einen Anfang zur Wiederherstellung eines einheitlichen demokratischen Staates. Nicht die Kleinstaaterei, sondern nur ein einheitliches deutsches Verwaltungsgebiet kann uns die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erhaltung des Lebens unserer Gemeinschaft bieten, besonders unter der Berücksichtigung, daß der Zustrom aus den geräumten deutschen Ostgebieten zu mehr oder minder großer Uebervölkerung in Westen und Süden führt und daß die hieraus entstehenden Probleme nur von einem deutschen Einheitsstaat zu lösen sind. Hinzu kommt, daß auch die Anforderungen der Besatzungsmächte, wenn überhaupt, dann nicht von kleinen Staatsgebilden, sondern nur im Rahmen eines einheitlichen Staates erfüllt werden können.

Die Liberal-Demokratische Partei erwartet ferner für die Durchführung der Regierungsaufgaben in Groß-Hessen die möglichst rasche Besetzung der außerordentlich wichtigen Ministerien für Wirtschaft und Landwirtschaft mit geeigneten Fachmännern, damit die vordringlichen Aufgaben der Sicherstellung von Arbeit und Brot für die Bevölkerung Hessens gelöst werden können. Wenn heute die Industrie erst wieder zu 5% ihrer Kapazität angelaufen ist, dann muß ein solches Ergebnis angesichts des bevorstehenden Winters als eine Tragik bezeichnet werden. Höchste Eile tut not. — Erforderlich ist vor allem: Beseitigung der nationalsozialistischen Zwangswirtschaft und schnellster Wiederaufbau einer organischen Volkswirtschaft, welche die Existenz des deutschen Volkes sicherzustellen in der Lage ist und die freie Betätigungsmöglichkeit jedes Staatsbürgers gewährleistet. — Baldige Eingliederung in die Weltwirtschaft. — Gesunde Finanz- und Währungspolitik, planvolle Ernährungs-, Wohnungs-, Lohn- und Preispolitik.

Diese Aufgaben können nicht allein von Hessen, sondern nur von der Gesamtheit der deutschen Länder in Gemeinschaft mit den Besatzungsmächten erfolgreich gelöst werden. — Möge die Regierungsbildung in Groß-Hessen ein erster Schritt auf diesem Wege sein und möge Regierung und Bevölkerung Hessens vom Geiste der Zusammenarbeit erfüllt werden, damit aus den Trümmern der Vergangenheit bald neues Leben erblühen kann.

gez.: Dr. G. L. Fertsch.

(Quelle: Frankfurter Rundschau,
Freitag, den 19. Oktober 1945)

Stellungnahme der Kommunistischen Partei

Das Frankfurter Sekretariat der Kommunistischen Partei stellt uns folgende Erklärung zur Verfügung:

1. Die Kommunistische Partei erklärt sich bereit, die Mitverantwortung in der ersten Landesregierung für Groß-Hessen zu übernehmen. Sie schlägt damit in ihrer Geschichte einen neuen Weg ein, weil sie sich der großen Verantwortung bewußt ist, die ihr bei der Überwindung des vom Hitler-Regime überlassenen Chaos zufällt.

2. Die Kommunistische Partei weist darauf hin, daß die schwierigen Aufgaben, die uns insbesondere der kommende Winter stellen wird, von der Regierung nur gelöst werden können, wenn sie in engstem Einvernehmen mit den zugelassenen demokratischen Parteien und allen örtlichen demokratischen Organisationen arbeitet.

3. Die Kommunistische Partei bedauert, daß die Art der Regierungsbildung nicht in der von den demokratischen Parteien gewünschten Form vor sich gehen konnte. Sowohl bei der Benennung des Ministerpräsidenten wie auch bei der Zusammenstellung des Kabinetts wurde leider ein Verfahren angewandt, das die Wünsche und Vorschläge der politischen Willensträger nur ungenügend berücksichtigte.

Die Kommunistische Partei bedauert außerdem, daß es nicht möglich war, die von den Parteien gemeinsam vereinbarte jeweilige Vertretung im Kabinett einzuhalten.

4. Wenn die Kommunistische Partei sich trotz dieser Einwendungen zur Teilnahme an der Regierung bereit erklärt, so darum, weil sie davon überzeugt ist, daß alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte verpflichtet sind, an der Lösung der dringlichsten Probleme des Wiederaufbaues und der Herstellung erträglicher Lebensbedingungen für das arbeitende Volk, mitzuarbeiten.

Sie berücksichtigt außerdem den Umstand, daß der Charakter der Regierung von allen kompetenten Stellen als provisorisch bezeichnet wurde. Sie stellt ihre ernststen Bedenken zurück, weil sie die ersten Schritte auf dem Wege zu einer demokratischen Selbstverwaltung zu erleichtern wünscht.

5. Die Kommunistische Partei gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die erste Regierung Groß-Hessens durch eine enge Zusammenarbeit ihrer Minister ihr Bestes im Interesse des hessischen Volkes leisten werde. Sie will trotzdem nicht versäumen, die Bevölkerung vor allzu hochgespannten Erwartungen zu warnen. Es wird angesichts der fürchterlichen Hinterlassenschaft des Hitler-Systems nicht möglich sein, im ersten Anlauf alle Schwierigkeiten zu überwinden, und auch zum geringsten Erfolg ist die Unterstützung und die tätige Initiative aller aufbauwilligen Kräfte erforderlich.

gez. Walter Fisch

Keine Erklärung seitens der Christlich-Demokratischen Partei

Die Schriftleitung der „Frankfurter Rundschau“ hatte die vier in Frankfurt a. M. bestehenden Parteien um eine Stellungnahme gebeten, die deren Erwartungen für die Durchführung der Regierungsaufgaben Ausdruck geben sollte. Wir veröffentlichten vorstehend die Antworten der Liberal-Demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei. Von der Christlich-Demokratischen Partei liegt uns eine Äußerung leider nicht vor.

(Quelle: Frankfurter Rundschau,
Freitag, den 19. Oktober 1945)

Dezember 1945

Die christlich - demokratische Union.

Dieburger Leitsätze.

I.

Warum diese neue Partei?

Die Gewaltherrschaft und der Größenwahnsinn des Nationalsozialismus hat zu einer der schwersten Katastrophen der Geschichte, zu einem wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Zusammenbruch Deutschlands geführt.

Nur ein radikales Aufgeben aller nationalsozialistischen Ideen, Einrichtungen und Gesetze und zugleich ein opfermutiger Neuaufbau kann uns aus dem unheilvollen Ruin retten und wieder ein innerlich gesundes und ein in Europa und in der ganzen Welt angesehenes Deutschland schaffen.

Zur Durchführung dieser Aufgabe bilden sich neue Parteien. Es wird sich dabei die Wohltat des Gesetzes der Spannung, das jede lebendige Entwicklung beherrscht, geltend machen.

Was uns zur Bildung einer eigenen Partei gezwungen hat, ist unser christlicher Standpunkt, der jede Diktatur, gleich welcher Prägung, ablehnt.

In den Problemen der Demokratie und im praktischen Arbeiten werden wir uns vielfach mit den anderen demokratischen Parteien zusammensuchen. Bei der politischen Tätigkeit bedienen wir uns nicht der früher gebräuchlichen Waffen des Parteihasses und des Machtwillens, sondern streben ein möglichst einmütiges Schaffen zum Wohle des Volkes an.

Die ewig starken Grundsätze des Christentums und edle Humanität können und dürfen und wollen wir dabei nicht ausschalten. Die Kräfte des Christentums gelten uns heute erst recht als unentbehrlich und unersehblich. Wir verbinden also mit dem demokratischen das christliche Prinzip und schließen uns deshalb zu der christlich-demokratischen Union zusammen.

II.

Wen rufen wir zum Anschluß an unsere Partei?

Jeden Deutschen, der als echter Demokrat und als echter Christ, gleich welcher Konfession und Rasse im Volke stehen und am Neuaufbau unseres Vaterlandes mithelfen will.

Ausgeschlossen sind nur diejenigen, die die Sicherheit unserer Aufbauarbeit in irgendeiner Weise gefährden.

Es gehören zu uns vor allem die Männer, die mutig und opferstark ihre Kraft für ein neues Vaterland einzusetzen bereit sind, aber ebenso auch die deutschen Frauen, die ja auf dem gleichen Trümmerfeld stehen wie die Männerwelt und in gleicher Verantwortung nicht nur für ein erneuertes Familienleben, sondern auch für ein neues Staatsleben eintreten müssen.

III.

In wessen Händen liegt die verantwortliche Leitung der Partei?

Die Leitung der Partei wird in die Hände von Männern und Frauen gelegt, die die Kraft zu ihrem Schaffen aus den ausbauenden Kräften des Christentums schöpfen. Es müssen wirkliche Tatchristen, untadelige, charakterfeste und selbstlose Persönlichkeiten sein, die das Vertrauen des Volkes verdienen. Ein Ehrengericht der Partei schließt jede Möglichkeit einer Korruption aus.

IV.

Welche Grundsätze leiten unsere Partei?

1.) Am dringlichsten ist die Überwindung der wirtschaftlichen Not und ein neuer wirtschaftlicher Aufbau Deutschlands.

Millionen unseres Volkes aus allen Berufen haben alles verloren und wissen nicht, wie sie zu einem menschenwürdigen Dasein kommen sollen. Die Quellen und Zentren des wirtschaftlichen Lebens sind zum größten Teil zerstört.

Aus dieser Not rettet nicht die seitherige Sozialpolitik. Wir unterschätzen nicht ihre Verdienste, wir entziehen ihrer Weiterentwicklung nicht unser Interesse, aber sie reicht nicht aus.

Ebenso wenig sind die Maßnahmen der gewerblichen und genossenschaftlichen Organisationen eine durchgreifende Hilfe. Es muß eine neue Wirtschaftsform, in gewissem Sinne eine wirtschaftliche Revolution an den Anfang der neuen Zeit gestellt werden.

Es liegt uns fern, das individuelle Arbeits- und Eigentumsrecht überhaupt zu vernichten. Wir erstreben vielmehr das Ziel, jeder Familie, jedem selbständigen Mann und jeder selbständigen Frau zu einem auskömmlichen Eigenbesitz zu verhelfen.

Wolte stehen und am Neuaufbau unseres Vaterlandes mithelfen will.

Ausgeschlossen sind nur diejenigen, die die Sicherheit unserer Aufbauarbeit in irgendeiner Weise gefährden.

Eigentumsrecht überhaupt zu vernichten. Wir erstreben vielmehr das Ziel, jeder Familie, jedem selbständigen Mann und jeder selbständigen Frau zu einem auskömmlichen Eigenbesitz zu verhelfen.

Es liegt uns auch fern, jedes private Produktivkapital, das nicht zu einem Verdienstkapital mißbraucht wird, abzuschaffen, da eine gesunde Wirtschaftsentwicklung ohne Produktivkapital nicht möglich ist.

Aber zu reformieren ist der uneingeschränkte agrarische Großgrundbesitz, der uneingeschränkte industrielle Großbetrieb und das uneingeschränkte Finanzkapital.

Eine neue Bodenreform ist unbedingte Forderung ebenso wie die Abschaffung der nationalsozialistischen Agrargesetze, desgleichen die Umgestaltung des Besitzrechts in der Industrie und im Großkapital.

Die neue Wirtschaftsreform wird für das nächste Jahrzehnt große Härten mit sich bringen, aber wenn die einzelnen Ständesverbände (Gewerkschaften, Unternehmerverbände usw.) und Genossenschaften weiter ausgebildet, wenn in allen ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl gepflegt und dadurch die frühere Idee der alten Klassen- und Ständekämpfe überwunden wird, wird die neue Reform auch eine neue Ordnung bringen.

- 2.) In den kulturellen Problemen unseres Volkes — Ehe, Familie, Schule, Jugend, Bildungswesen, Presse, Volksgesundheit, Volksfittlichkeit, Kunst, Wissenschaft, Literatur, Sport usw. — merzen wir die zerstörerischen Prinzipien des Nationalsozialismus aus und sorgen für den Aufbau einer christlichen, demokratischen Lebensgestaltung.

Im besonderen fordern wir als Grundlagen jeglichen kulturellen Schaffens:

Achtung vor der persönlichen Würde des Einzelmenschen,

Achtung vor jedem geistigen — wissenschaftlichen und künstlerischen — Schaffen,

Achtung vor der Familie und den eigenen Rechten der Familie,

Achtung vor dem keimenden Leben, vor Krankheit und Alter,

Achtung jeglicher Autorität,

Achtung jeder Rasse und jeder Nation,

Toleranz gegenüber jedem religiösen Bekenntnis und jeder persönlichen Auffassung, Freiheit vom Zwang.

Für die christlichen Konfessionen fordern wir vollen Schutz ihrer Körperschaftsrechte und volle Freiheit für ihr religiöses Wirken. Eine Zusammenarbeit von Staat und Konfession kann nur zum Besten des Volkes dienen.

- 3.) Politisch ist unser Standpunkt gekennzeichnet durch das Bekenntnis zur Demokratie.

Als unbedingt notwendige Aufgabe betrachten wir die Erziehung des ganzen Volkes, vor allem der Jugend, zu freiem, verantwortungsbewussten, demokratischem Denken und Handeln.

An die Stelle des politischen Führerprinzips tritt die Volksvertretung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gewählt wird.

Die überlieferte deutsche Selbstverwaltung der Gemeinden und provinzialen Verbände ist wieder herzustellen.

Der Militarismus wird in jeder Form und jeder Äußerung konsequent abgelehnt.

Dieses Programm zeigt uns den Weg, der uns aus den schaurigen Trümmern herausführt und zu einem neuen Vaterland geleiten kann. Es wäre ein Verbrechen an unserem Volke, in tatenlosem Pessimismus sich zu vergräbeln oder seine Kräfte in todbringender Verbitterung zu vergraben. Tatenmutige Entscheidung und feste Zuversicht auf den Herrn und Gott, der den Stolz der vergangenen Jahre vernichtet hat, aber jetzt den Gemühtigen wieder erheben kann aus dem Staube, muß der Anfang sein für das Große, das vor uns steht.

Die folgenden Texte behandeln die Entstehung der hessischen CDU, die Anfänge, der hessischen SPD 1945/46 und der hessischen LDP/FDP

1. Entstehung der hessischen CDU

Die Gründung des Landesverbandes der CDU Hessen erfolgte am 25. November 1945 in Frankfurt am Main, nachdem in der amerikanischen Zone am 27. August 1945 die Gründung von politischen Parteien auf Kreisebene und am 23. November 1945 auf Landesebene genehmigt worden war. Die Militärregierung berief nunmehr – das Land Großhessen bestand seit dem 19. September 1945 – neben drei Ministern der SPD je einen Minister der KPD und LPD, zwei Parteilose und auch zwei Vertreter der CDU in die Regierung: Werner Hilpert als stellvertretender Ministerpräsident (ab 1. Oktober 1946 auch zusätzlich noch Minister für Wirtschaft und Finanzen) und Franz Böhm als Kultusminister. Dieser wurde wenig später gegen das CDU-Mitglied Franz Schramm ausgewechselt. Diese beiden ersten Landesregierungen wurden ohne direkte Beteiligung der politischen Parteien gebildet. Entscheidend waren Zufälle und persönliche Beziehungen. So soll Hilpert auf direkte Fürsprache von Eugen Kogon bei der Militärregierung als stellvertretender Ministerpräsident eingesetzt worden sein.

Die CDU verstand sich, wie es die christlich-demokratische Partei in Frankfurt am 14. November 1945 in einem Schreiben an die Militärregierung ausdrückte, als »eine neue Partei, die sich aus Freunden verschiedener religiöser und politischer Herkunft zusammensetzt«. Ziel der Gründungsväter war es sicherlich, nach den Erfahrungen des Naziterrors sowohl auf katholischer als auch auf evangelischer Seite die Bereitschaft zu stärken, auf Mitglieder der jeweils anderen Konfession zuzugehen. Der Parteiname war anfangs noch umstritten. »Union« und »Partei« standen nebeneinander. Am 20. August 1945 kam es zur Gründung der CDU in Kassel, im September zur Gründung der CDP in Frankfurt, der CDP Wiesbaden und der Christlichen-Volksvereinigung im Rheingau, im Oktober zur Gründung der CDP Wetzlar, der CDU Fulda, der Deutschen Aufbaubewegung (CDU) Darmstadt und der CDP Obertaunus, im November zur Gründungen in Hanau, Gießen, Offenbach, Bergstraße und Friedberg. In den überwiegend protestantischen Landkreisen Nordhessens zogen sich die Gründungen teilweise bis April 1946 hin.

Es waren besonders ehemalige Zentrumsmitglieder, die erste Zusammenkünfte von politischen Interessierten schon im Frühjahr 1945 anregten und anschließend zur Gründung einer christlichen Partei beitrugen. In Frankfurt waren z. B. Walter Dirks, Karl-Heinz Knappstein, Adolf Lewecke und Josef Arndgen die treibenden Kräfte bei der Gründung der CDP. In Wiesbaden sind als Gründungsmitglieder besonders Heinrich Roos, in Darmstadt Maria Sevenich, Mitglied eines ökumenischen Kreises, in Gießen der evangelische Theologe Dr. Berthold Martin hervorzuheben.

Der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder lag in den hessischen CDU-Orts- und Kreisverbänden entgegen mancher später vorgebrachten Behauptungen ausgesprochen niedrig: in Frankfurt waren z. B. Ende 1945 lediglich 6,3 % der CDU-Mitglieder zuvor Mitglieder der NSDAP, wobei unter den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern der Anteil der Protestanten leicht überwog. In der CDU Rheingau waren 1947 nur 14 der 720 CDU-Mitglieder zuvor in der NSDAP, in Friedberg waren es 29 von ca. 400. In Nordhessen, wo die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1932 und 1933 die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hatte, lag der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder etwas höher: in Waldeck z.B. bei ca. 10%.

Ein Großteil der Gründungsmitglieder der hessischen CDU stammte aus dem Widerstand gegen die Nationalsozialisten, wie Maria Sevenich, die 1934 in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, seit 1942 in Gestapo-Haft saß, wie Cuno Raabe aus Fulda, der zum Goerdeler Widerstandskreis zählte oder wie Werner Hilpert, der spätere 1. Vorsitzende der hessischen CDU, der im KZ Buchenwald einsaß.

Die hessische CDU war in der Gründungsphase eine heterogene Partei. Besonders im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten: Das Spektrum reichte von konservativen Gruppen besonders im nord- und mittelhessischen Raum, die die überkommenen Eigentumsverhältnisse beibehalten wollten und für die Sozialpolitik lediglich karitative Hilfeleistung darstellte, bis zu mehr sozialen oder gar eindeutig sozialistischen Gruppen in Frankfurt und Südhessen, deren Sozialismus vom Mißtrauen gegen den Staat und seine Institutionen geprägt war.

Sabine Sütterlin/Werner Wolf: Die Christlich-Demokratische Union in Hessen 1945-1991. In: Parteien und Wahlen in Hessen, Hrsg. v. Berg-Schlosser, Fack, Noetzel, Schüren Presseverlag, Marburg 1994, S. 109f

Die folgenden Texte behandeln die Entstehung der hessischen CDU, die Anfänge der hessischen SPD 1945/46 und der hessischen LDP/FDP

Die hessische SPD

Bereits in den ersten Monaten der Nachkriegszeit erlangt die SPD, deren aus Illegalität und Halblegalität zurückkehrende Funktionäre rasch Kontakt zur amerikanischen Besatzungsmacht aufnehmen, zentrale Bedeutung für den sich nach dem Votum der US-Militärs, ein Land Groß-Hessen zu bilden, etablierenden hessischen Staatsapparat. Schon in der ersten hessischen Regierung unter dem parteilosen Heidelberger Juraprofessor Karl Geiler besetzt die SPD wichtige Schaltstellen wie Staatskanzlei und Innenministerium.

Aus den Wahlen zur Verfassungsberatenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946 geht die SPD mit 654.000 Stimmen (44,3 %) als mit Abstand stärkste Partei hervor; die CDU erhält 550.000 Stimmen, die KPD 144.000, die LDP, (die spätere FDP, d. Verf) 120.000. Die erste Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 bestätigt mit 688.000 Stimmen ihre führende Position vor CDU, LDP und KPD. (Die LDP gewinnt auf Kosten der CDU Stimmen hinzu – wohl aus Opposition zu Artikeln der Landesverfassung. Nach dieser Wahl kann die erste sozialdemokratisch geprägte Landesregierung gebildet werden mit Christian Stock als Ministerpräsidenten, Heinrich Zinnkann als Innenminister, Georg-August Zinn als Justizminister, Harald Koch als Wirtschaftsminister und Hermann Brill als Chef der Staatskanzlei. Zinnkann, Zinn und Brill gehörten in der jeweiligen Funktion bereits dem vorangehenden Kabinett Geiler an. Bis 1950 bildet die SPD eine Koalition mit der CDU, der sie die Ministerien für Landwirtschaft, für Arbeit und für Unterricht und Kultus überläßt, um diese Ressorts 1950 in der ersten Alleinregierung dann ebenfalls zu übernehmen.

Regierungspräsidien werden in Darmstadt, Wiesbaden und Kassel bereits Anfang Mai 1945 gebildet. In der alten Hauptstadt des Großherzogtums wird der Sozialdemokrat Dr. Ludwig Bergstraesser von den Amerikanern als Regierungspräsident eingesetzt, in Kassel der Sozialdemokrat Dr. Fritz Hoch, in Wiesbaden der Sozialdemokrat Martin Nischalke.

Auch die ersten Kommunalwahlen zwischen 20. Januar und 26. Mai 1946 gewinnen die Sozialdemokraten mit 43,2% der Gesamtstimmen. In den Worten von Alfred Behr ist damit »der Grundstein (gelegt) zu dem, was dieses Bundesland lange Jahre zum „roten Hessen“ werden« läßt. Die SPD erringt die absolute Mehrheit in den Städten Darmstadt und Kassel und in den Landkreisen zwischen Hersfeld und Hofgeismar sowie in den Landkreisen Gießen, Wetzlar, Darmstadt und Erbach. Relative Mehrheiten erhalten die SPD-Listen in Frankfurt, Gießen und Offenbach sowie in den Landkreisen Waldeck, Wolfhagen, Biedenkopf, Marburg, Ziegenhain, im Dillkreis und in den Landkreisen im Rhein-Main-Gebiet zwischen Groß-Gerau, Offenbach, Büdingen und Usingen. Insgesamt siegte die SPD bei den Kreistags- und Stadtverordnetenwahlen 1946 in 29 und die CDU in 17 Kreisen. Der LDP gelang dies nur in der Stadt Marburg. Das heißt: Die SPD erobert in der großen Mehrzahl dieser 29 Kreise und Städte Landratsämter und Stadtverwaltungen (Magistrate). Bezeichnend ist etwa, daß im SPD-Bezirk Hessen-Nord (Regierungsbezirk Kassel) von nun an Landräte qua Amt zu stimmberechtigten Mitgliedern des Bezirksvorstandes bestimmt werden.

Das »rote Hessen« also beginnt zu funktionieren. Zunächst von einem eher kollektiven Führungsgremium angeleitet, das häufig Instruktionen vom »Büro Schurnacher«, dem Parteivorstand der SPD der Westzonen in Hannover, erhält. Die schnelle Entlassung des ersten SPD-Innenministers Hans Venedey, aus dem Kabinett - formal vollzogen durch

den parteilosen Ministerpräsidenten Geiler – als er auf der Idee der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD beharrt –, bestätigt die disziplinierende Rolle Schumachers für die hessische SPD-Führung bereits zu einem frühen Zeitpunkt.

Das Führungsgremium der hessischen SPD besteht in den ersten Jahren aus einer wechselnden Gruppe von Personen, die ihre Zugehörigkeit teilweise über Regierungsämter (Minister, Staatssekretäre, Regierungspräsidenten), teilweise über Parteiämter (Bezirksvorsitzende, Bezirkssekretäre) legitimieren. Der jeweilige Vorsitz wechselt zumeist zwischen Christian Stock, dem Ministerpräsidenten 1946-1950 (Jahrgang 1884), und Willy Knothe, dem Bezirksvorsitzenden für Hessen-Süd und zunächst auch alleinigem Landesvorsitzenden (Jahrgang 1888). Eindrucksvoll ist der große Erfolg der SPD in den ersten Jahren deshalb, weil er noch weitgehend frei ist von jenem oben beschriebenen Paternalismus. Christian Stock, der Ministerpräsident, vor dem Ersten Weltkrieg bereits Funktionär des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, mit Friedrich Ebert befreundet, während der Nazizeit acht Monate im KZ war »kein Volkstribun ... Persönlicher Ehrgeiz lag ihm fern« (Zinn). Die SPD wird offenbar durchaus als Partei bevorzugt, als »Partei der kleinen, anständig gebliebenen Leute« (Bruno Friedrich), die dem Nachkriegselend näher ist als die bürgerlichen Politiker und ihre Parteien.

In den folgenden Jahren, den Gründungsjahren der Bundesrepublik, in denen sich die führende Wahlposition der SPD immer wieder bestätigt, verändert sich dann das Machtgefüge in der Partei gravierend. Georg-August Zinn tritt zunächst im Bezirk Hessen-Nord aus einem ebenfalls kollektiven Leitungsgremium als Bezirksvorsitzender hervor. Der aus Frankfurt stammende Jurist (Jahrgang 1901) wuchs in Kassel auf und wurde dort Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, war in der Nazizeit in Kassel Rechtsanwalt, wurde 1945 Landgerichtsdirektor, bevor er in das Kabinett Geiler als Justizminister eintrat. Zinn hat sich bereits 1947 von seinem Bezirk zu einem mit Knothe gleichberechtigten zweiten Landesvorsitzenden bestimmen lassen. Knothe, vor 1933 Parteisekretär in Wetzlar und Marburg, ab 1933 wegen illegaler SPD-Arbeit lange Zeit in Gefängnis und Zuchthaus., 1945 kurze Zeit Lizenzträger der »Frankfurter Rundschau«, wird im Landesausschuß von Zinn mehr und mehr beiseitegedrängt. Nach dem Scheitern seiner Wiederwahl in den nationalen Parteivorstand 1950, dem er als Anhänger Kurt Schumachers von Anfang an angehört hat, wird Knothe im März 1951 schließlich durch einen Minister des Kabinetts Zinn, Heinrich Fischer, auch vom Vorsitz des von ihm mitaufgebauten Bezirks Hessen-Süd verdrängt. Zinn wird nach der sehr erfolgreichen Landtagswahl vom November 1950, die der SPD die absolute Mehrheit der Landtagssitze bringt, anstelle von Christian Stock Ministerpräsident. Unterstützt vom Parteivorstand in Hannover war er in einer gemeinsamen Sitzung von Landtagsfraktion und erweiterten Bezirksvorständen Hessen-Süd und Hessen-Nord mit knapper Mehrheit gegen den bisherigen Ministerpräsidenten Stock für das Amt des neuen Ministerpräsidenten benannt worden. Zinn verkörpert für die Führungsgremien der Partei in ganz anderer Weise Kompetenz, Autorität und Profil als der bisherige Amtsinhaber; seine Amtsführung läßt ein hohes Maß an Führungskraft, an Professionalität und auch (hier nicht im Gegensatz zu den bisherigen Führungspersonen) an programmatischer Kontinuität erwarten.

Hans Karl Rupp: Die SPD - Staatspartei und demokratische Bewegungspartei. In: Parteien und Wahlen in Hessen, Hrsg. v. Berg-Schlosser, Fack, Noetzel, Schüren Presseverlag, Marburg 1994, S. 82ff

Die folgenden Texte behandeln die Entstehung der hessischen CDU, die Anfänge der hessischen SPD 1945/46 und der hessischen LDP/FDP

Die Gründungsphase der hessischen LDP/FDP

Wie bei anderen Parteien und Regionen stand auch am Anfang der hessischen LDP/FDP die Wiederanknüpfung an Traditionen der Weimarer Zeit. Die Beteiligung früherer Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) lag nahe, doch bald wurde das Feld linksliberaler und nationalliberaler Tradition durch Zuzug aus der ehemaligen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) weit nach rechts überschritten. Auch aus den Reihen ehemaliger NSDAP-Wähler erhielt sie erheblichen Zulauf. Trotz ihres Namens »Liberal-Demokratische Partei« (LDP) wurde also der Liberalismus zugunsten des Konservatismus zurückgedrängt.

Nach Bildung des Landes Groß-Hessen am 19. September 1945 erlangte am 28. September die LDP in Frankfurt die Zulassung, im Oktober/November folgten Gruppen in Marburg, Gießen, Hersfeld und Kassel. Eine Landesorganisation wurde am 29. Dezember 1945 in Frankfurt gegründet und (als letzte der hessischen Parteien) am 11. Januar 1946 von der Militärregierung lizenziert. Gründungen in den ländlichen Kreisen erfolgten in der Regel erst danach. Die städtischen Gründungen bewegten sich im liberalen Traditionsspektrum, repräsentiert von dem ersten Landesvorsitzenden Fertsch (Frankfurt): in Frankfurt gemischt aus DVP- und DDP-Vertretern, in Hersfeld und Kassel mit Übergewicht der DVP, in Marburg (als »Demokratische Volkspartei«) mit DDP-Dominanz. Bis zum ersten Landesparteitag am 1. Juni 1946 hatten sich die Kräfte jedoch bereits so stark nach rechts verschoben, daß August Martin Euler faktischer (und hauptamtlicher) Vorsitzender werden konnte (seine förmliche Wahl erfolgte im Juni 1947). Mit ihm, der jede Traditionsorientierung ablehnte und die Neugründung betonte, dominierten die DVP- und DNVP-Kreise, vor allem aus dem Bereich der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstands und verfolgten einen dezidiert antisozialistischen Kurs einer rechten Opposition zugunsten »bürgerlicher« Wirtschaftsinteressen. Ein Teil der linksliberalen Mitgründer der LDP verließen daher zwischen 1946 und 1948 die Partei.

In der Gründungsphase erzielte die LDP mit unterschiedlichen Ausrichtungen beachtliche Wahlerfolge, so bei der Kommunalwahl im Frühjahr 1946 in Marburg mit 41,4 Prozent oder in mehreren nordhessischen Landkreisen (Hersfeld 26,9 Prozent, Eschwege 22,7 Prozent, Waldeck 22,4 Prozent). Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung (30. Juni 1946) kam sie allerdings landesweit nur auf 8,1 Prozent. Die von Euler eingeschlagene Rechts-Strategie erwies sich jedoch bereits bei der ersten Landtagswahl am 1.12.1946 mit einem Anstieg auf 15,7 Prozent als erfolgreich. Diese Linie sollte die Entwicklung der Partei für das nächste Jahrzehnt prägen.

Theo Schiller: Die Freie Demokratische Partei (FDP) in Hessen. In: Parteien und Wahlen in Hessen, Hrsg. v. Berg-Schlosser, Fack, Noetzel, Schüren Presseverlag, Marburg 1994, S. 168f